

allerdings der Meinung, daß die Presse jetzt die Gelegenheit ergreifen sollte, uns vollständig mit Klar machen zu helfen über die Stimmung, welche in Ansehung der Vorschläge der Regierung im Lande herrscht. Aber nicht ist es richtig, daß Diejenigen, welche die Verantwortung übernommen haben in Bezug auf Vertretung der Presse, daß Diejenigen, welche die Geißel der Presse schwingen können, nicht einmal die Gelegenheit ergreifen, bei den Kammermitgliedern, welche über den Stand unserer Arbeiten Auskunft geben können, Erkundigungen einzuziehen, sondern ohne Weiteres, je nach ihrem Ermessen, sich berufen fühlen, durch unbegründete Vorwürfe vor dem Lande uns zu verunglimpfen. Wer ein Urtheil aussprechen will, der muß gerecht sein, er muß vorher Erkundigungen einziehen: wie stehen die Sachen? Er würde gehört haben, daß wir allerdings seit vier Wochen, seit welcher Zeit die fraglichen Gesetze überhaupt an die Deputation gelangt sind, fleißig berathen. Wir haben gegen 50 Sitzungen gehalten. Wenn Jemand öffentlich und ohne Weiteres unbegründete Vorwürfe ausspricht, so halte ich ein solches Beginnen für ein unverantwortliches.

(Lebhaftes Bravo! auf beiden Seiten.)

Abg. Dr. Biedermann: Meine Herren! Die Worte, die ich gesprochen habe, haben merkwürdiger Weise einen Sturm hervorgerufen, der mich selbst überrascht. Es beruht das zum Theil auf einer Mißdeutung einzelner meiner Aeußerungen, die ich kaum recht begreife. Es ist zunächst das Wort „Agitation“, das ich ausgesprochen habe, vielfach angegriffen worden. Ich wollte eben in den stenographischen Berichten nachsehen, sie sind aber noch nicht so weit abgeschrieben. Wenn ich mich recht erinnere, so habe ich nicht positiv davon gesprochen, sondern nur gesagt: ich wisse nicht, ob eine Agitation stattgefunden habe. Aber sei dem, wie ihm wolle, das begreife ich in der That nicht, wie einzelne der Herren in dieser Kammer haben glauben können, ich ziele auf sie. Daß ich an ein Kammermitglied auch nicht im Entferntesten gedacht habe, das kann ich ganz einfach als ehrlicher Mann versichern. Ich muß mir da gewissermaßen selbst eine Beschämung zuziehen; wenn Petitionen eingegangen sind gegen die Verwaltungsreorganisation, so sind sie wahrscheinlich mir, als Referenten über diesen Entwurf, übermittelt worden; aber gelesen, ja selbst angesehen habe ich sie noch nicht, weil ich mich bis jetzt noch nicht mit diesem Theile der Sache zu beschäftigen hatte. Wenn ich daran gedacht habe — und das habe ich allerdings —, daß im Lande theilweise vielleicht nach dieser Richtung gewirkt werde, so habe ich ganz einfach an ein Verhältniß gedacht, welches so natürlich ist, daß ich auch Denjenigen, die, wenn man so sagen will, agitiren, d. h. eben ihre Meinung aussprechen, daß man denen keinen Vorwurf daraus machen kann. Meine Herren! Es ist so natürlich, daß diejenigen Beamten, die bisher Vertrauens-

männer und oft sehr wohlthätige Vertrauensmänner der umliegenden Bevölkerung waren, daß diese heute gegen diese Bevölkerung ihr Bedauern aussprechen, daß es künftig nicht mehr so sein werde, daß sie vielleicht von sich aus in sehr begreiflicher Weise diese neuen Einrichtungen als ein Unglück betrachten und sich so darüber aussprechen gegen die Bevölkerung. Das Alles ist so natürlich, daß man daraus Niemandem einen Vorwurf machen kann; aber auch denen keinen Vorwurf machen kann, welche darauf hinweisen; denn daß eine Agitation, d. h. eine Bewegung in der Bevölkerung daraus hervorgeht, das ist doch nicht zu leugnen. Ich will hier auf einen Vorgang Bezug nehmen, der das vielleicht illustriert. Wenn ich nicht irre, wurde ungefähr vor 6 oder 8 Jahren, noch unter dem Ministerium Beust, ein ganz kleiner Fortschritt zur Selbstständigkeit der Landgemeinden in einem Punkte gemacht. Die Landtagswahlen oder die Gemeindevahlen

(Auf: Die Gemeindevahlen!)

also die Gemeindevahlen sollten unter der Leitung des Gemeindevorstandes selbst, nicht mehr unter der des Gerichtsamtes vor sich gehen. In den ersten Jahren geschah das nicht, und damals triumphirte die conservative oder officiöse Presse darüber; man sagte: die Leute wollen keine Selbstständigkeit, sondern lassen lieber Alles beim Alten. Neuerdings habe ich von sachkundiger Seite gehört, daß sich später das ganz vortrefflich gemacht hat und daß jetzt die Wahlen allgemein so vor sich gehen. Das hat wahrscheinlich einfach daran gelegen, daß früher von den maßgebenden Stellen aus ein Einfluß weniger für diese Maßregel, als dagegen geltend gemacht worden ist, und später im umgekehrten Sinne. Das sind, wie gesagt, so natürliche Vorgänge, daß man daraus Niemandem einen Vorwurf machen kann, und ich mache auch Niemandem einen Vorwurf, wenn ich solche Vorgänge erwähne.

Es ist nun aber mir der Vorwurf gemacht worden, früher hätte ich selbst gewünscht, die Gesetzentwürfe möchten der öffentlichen Meinung unterbreitet werden, und jetzt bedauerte ich es, wenn sich Stimmen dagegen erheben. Nun, meine Herren, ich finde nicht das bedauerlich, daß überhaupt die Gesinnungen, die im Lande sind, sich kundgeben, im Gegentheil, das ist sehr wünschenswerth; aber allerdings erfreulich kann ich das nicht finden, daß, wenn die Regierung im liberalen Sinne einen Fortschritt anbahnen will, dagegen ein Widerstand stattfindet. Das, meine Herren, werden Sie von meinem Standpunkte aus verzeihlich und gerecht finden. Wenn ich auch natürlich die Berechtigung zugebe, einen solchen Widerstand zu erheben; erfreulich kann ich es nicht finden, wenn ein solcher Widerstand deshalb erhoben wird, weil der Bevölkerung zugemuthet werden soll, einen größeren Grad von Selbstständigkeit, eine gewisse politische Reife zu entwickeln. Ich bedauere das im Namen unserer Bevölkerung, weil es scheinen könnte, als ob sie noch nicht so politisch reif